Verfahren: B-Plan 1246 Langerfelder Straße/ Spitzenstraße, Verfahrensstand: Aufstellungsbeschluss 106.3 / 07.02.22

Untersuchungsrahmen zur Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB zur Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 a bis i BauGB

Schutzgüter & Umweltbelange	§ 1 (6) BauGB	vorhandene Informationen, mögliche planungsrelevante Auswirkungen	Auswirkungen (ja*/nein)	Untersuchungsumfang, Untersuchungsraum, Bewertungsverfahren
Flora, Fauna	Nr. 7a	• Bereits in Entwicklung befindliches Areal mit wenig Grünflächen • Potenzieller Lebensraum planungsrelevanter Arten (Fledermäuse, Vögel)	ja	• Artenschutzprüfung (Artengruppe Fledermäuse, Vögel)
Boden, Bodenbelastung, Fläche	Nr. 7a	• An der Spitzenstr. 35 wurden in der Vergangenheit bei Arbeiten Granaten vorgefunden und beseitigt. Weitere Kriegsmittel im Gebiet können nicht ausgeschlossen werden • Ebenfalls an Spitzenstr. 35: organoleptisch auffällige Böden in Teilbereichen • Ggf. soll RC-Material eingebracht werden. Wasserrechtliche Erlaubnis muss eingeholt werden	ja	• Kontrolle auf Kampfmittel • Stichprobenartige Bodenuntersuchungen (ggf. im Baugenehmigungsverfahren)
Wasser	Nr. 7a	• Gewässer, Brunnen, Stollen o.ä. sind aktuell nicht bekannt. Näheres ist durch die Beteiligung der UWB bzw. des Wupperverbandes zu erfragen	nein	
Luft /Klima	Nr. 7a	• Es handelt sich um einen klimatisch-lufthygienischen Schutzbereich. • Bereits jetzt mittlere bis hohe thermische Belastung und Hitzeinseln, sodass eine hohe Empfindlichkeit ggü. Nutzungsintensivierungen besteht. • Nördl. angrenzende Bahntrasse dient als Leitbahn	ja	• klimatisch/lufthygienisches Gutachten erforderlich
Wirkungsgefüge	Nr. 7a	•	nein	-
Landschaft und biologische Vielfalt	Nr. 7a	• Baulich bereits stark genutztes Gebiet • Einzelne Gartenparzellen im Süden	nein	-
Mensch und seine Gesundheit, Bevölkerung	Nr. 7c	• Erhebliche Vorbelastungen durch Lärm, insbesondere Schienenverkehr im Norden, evtl. Erschütterungen , erforderlichenfalls Festsetzungen zur Minderung der Schallimmissionen und Erschütterungen.	ja	• Lärm- und Erschütterungsgutachten • Beteiligung des Eisenbahnbundesamtes wird angeregt
Kultur- und sonstige Sachgüter	Nr. 7d	• Denkmalgeschützter Gebäudekomplex entlang der Langerfelder Str. soll erhalten werden	nein	-
Wechselwirkungen zwischen 7a/c/d	Nr. 7i	*Nicht betroffen*	nein	-
Vermeidung von Emissionen	Nr. 7e	• Es handelt sich um ein Mischgebiet aus Wohnen und Gewerbe	ja	• Schallschutzgutachten nach TA Lärm
Umgang mit Abfall + Abwasser	Nr. 7e	• Es ist davon auszugehen, dass R- und S-Kanäle vorhanden sind. Die Anschlussmöglichkeiten sind unter Beteiligung der WSW zu klären. • Dachbegrünung oder andere Maßnahmen zur Entlastung der Niederschlagsableitung werden empfohlen	nein	• Für die Erschließung des Geländes ist eine Entwässerungsstudie zu erstellen • Überflutungsnachweis gemäß DIN 1986 Teil 100
Umgang mit Energiebedarf	Nr. 7f	• Photovoltaik/Solarthermie denkbar, auch in Kombination mit extensiver Dachbegrünung möglich, evtl. Nutzung von Fernwärme	nein	• Prüfung, ob ein Anschluss an das Fernwärmenetz möglich ist.
Erhaltung der Luftqualität	Nr. 7h	• Festsetzung Dachbegrünung zur Vermeidung einer Beeinträchtigung des lokalen Mikroklimas	nein	-
Potential an schweren Unfällen und Katastrophen	Nr. 7j	*Nicht betroffen*	nein	-
Natura 2000-Gebiete und andere Schutzkategorien	Nr. 7 b,g	*Nicht betroffen*		
Ergebnis:		Formelle Umweltprüfung ist gem. § 2 Abs. 4 BauGB erforderlich		
Zu prüfende Alternativen und Empfehlungen, Fazit		• Berücksichtigung Dachbegrünung (auch mit Kombination Photovoltaik/Solarthermie möglich), Prüfung eines Fernwärmeanschlusses • Berücksichtigung einer Radwegetrasse vom Tunnel Rauenthal zur Spitzenstr. und von der Schwarzbachtrasse zur Langerfelder Str.		

** „ja" nur dann, wenn durch vorgesehene Planung erhebliche Auswirkungen zu erwarten sind (§ 2 Abs. 4 Satz 1 BauGB)*